

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Große Notstandsarbeiten der Gemeinde Wien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner ist eifrig bestrebt, der drohenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Einerseits bemüht er sich, von der Regierung die Finanzhilfe bereits bewilligter Arbeiten in oder nächst Wien wie Tiefingbach-Kanalisation, zu erwirken, andererseits will er auch für kommunale Arbeit sorgen. Im Rathaus sind die Dinge bereits so weit gediehen, daß ein fertiges Notstandsbauprogramm vorliegt. Es umfaßt die Fertigstellung des sogenannten dritten Rathauses, den Umbau der Aspernbrücke, die Herstellung der großen Kesselanlagen im neuen Rathaus, die Einwölbung der Wien zum Zwecke der Verlegung des Naschmarktes, verschiedene Installationen in Schulen und Kindergärten sowie in städtischen Betrieben, ferner Lieferungen für Feuerwehr usw., die dem Gewerbe Arbeit bringen sollen, dann für die Massen Arbeitslosen, die keine Professionisten sind, Straßenherstellungen, Kanalbauten und Planung städtischer Gründe.

Heute genehmigte Bauten.

In der heutigen Stadtratssitzung wurden bereits mehrere Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt: Das von StM. Schneider vorgelegte Projekt für den Kanalneubau in der Adalbert-Stiftergasse wurde mit den Kosten von 13.000 Kronen genehmigt. Nach einem Berichte des StM. Baron wurde ferner das Projekt für den Kanalneubau in der Hartäckerstraße mit den Kosten von 28.000 Kronen genehmigt. StM. Nemeš beantragte Ferialherstellungen im Schulgebäude Embelgasse 46—48 mit den Kosten von 4500 K. (Angenommen.) Das von StM. Schmid vorgelegte Projekt für den Bau einer Transformatorstation in Zillingdorf für den Bergbau wurde mit den Kosten von 20.976 Kronen genehmigt. Das von StM. Knoll vorgelegte Projekt für die Herstellung eines Asphalttrottoirs vor der Volksschule in der Ruenburggasse und in der Bahnsteiggasse vor dem städtischen Kindergarten im 21. Bezirk wurde mit den Kosten von 5100 Kronen genehmigt. StM. Boyer legte das Projekt für den Kanalneubau in der Angermayergasse, ferner in der Girnzenberggasse und in der Flurasse mit den Kosten von 14.300 Kronen vor. Dem Projekt wird zugestimmt. Schließlich wurde nach einem Berichte des StM. Schreiner die Abtragung des

städtischen Hauses Fünshausgasse 18 zur Schaffung eines Jugendspielplatzes als Notstandsarbeit genehmigt.

Kein Zuzug nach Wien!

Die Nachricht von den Erdarbeiten, die die Regierung in der Umgebung Wiens vornehmen läßt und die 20.000 Menschen Beschäftigung bieten, hat zur Folge, daß nun aus einzelnen Teilen des Landes ein Zustrom von Arbeitslosen zur Hauptstadt zu gewärtigen ist. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Kunde von der Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch die Wiener Stadtverwaltung dazu beitragen wird, daß noch mehr Personen nach Wien zu strömen. Da sei aber nun ernstlich die Warnung an alle gerichtet, die in Wien etwa Mangel an Arbeitern vermuten. Die Zahl der geschaffenen Stellen ist heute schon zu klein, leider muß es gesagt werden: Es würde der nach Wien kommenden Arbeitswilligen bittere Enttäuschung harrn. Im übrigen werden auch in anderen Städten des Reiches von der Regierung Arbeiten in Angriff genommen, so in Triest Bauten in den Hasenanlagen usw.

Bauten der niederösterreichischen Landesbahnen.

Ueber Antrag des Referenten M. Regierungsrat Sturm hat der Landesauschuß beschlossen, eine größere Anzahl von Bauten bei den niederösterreichischen Landesbahnen in Angriff zu nehmen, bezw. begonnene Bauten fortzusetzen; die Rechnungen der Kontrahenten sollen sofort beglichen werden. Für diese höchst zeitgemäße Aktion hat unser Landesauschuß die Summe von 1 Million Kronen für den Rest des Jahres 1914 bewilligt.

Die Marchregulierungsarbeiten.

Wie bekannt, hat die Donauregulierungskommission beschlossen, zur Bekämpfung der durch den Krieg in Wien hervorgerufenen Arbeitslosigkeit die Abgrabung des Fundationsgebietes im Wiener Donaubereich auf das ursprüngliche Niveau sofort in Angriff zu nehmen, den Umbau der Kaiser-Franz-Josefbrücke programmgemäß fortzusetzen und die Arbeiten zur Herstellung der Kai- und Stützmauern am Donaulanal beim sogenannten Scharfen Eck und bei der Aspernbrücke zu vergeben.

Wie wir im Anschlusse hieran mitzuteilen in der Lage sind, ist seitens der Staatsverwaltung die Veranlassung getroffen worden, daß auch die Regulierungsarbeiten an der österreichisch-ungarischen Marchgrenzstrecke, soweit es die Verhältnisse nur irgendwie zulassen programmgemäß in Angriff genommen, beziehungsweise fortgesetzt werden.